

Flächennutzungsplan
3. Fortschreibung
(Gesamtfortschreibung)
Zieljahr 2022, 1. Änderung
des
Gemeindeverwaltungsverbandes
Laucherttal

Landkreis Sigmaringen

BEGRÜNDUNG

ZUR BETEILIGUNG GEM. § 3 (1) UND § 4 (1) BAUGB

ERARBEITET VON:

landschaftsarchitekten
freilandökologie
ingenieure



Hauptstraße 34 | 55571 Odernheim | Tel. (06755) 969360 Fax 9693660 | info@gutschker-dongus.de | www.gutschker-dongus.de

VERFASSER:
ORT/DATUM:

E. Thielgen, M. Eng. Umweltmanagement & Stadtplanung
ODERNHEIM, 26.03.2018

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1 Planungsanlass und -ablauf	3
1.1 Planungsanlass	3
1.2 Lage und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs	3
1.3 Verfahrensablauf	4
2 Übergeordnete Planungen und fachplanungsrechtliche Bindungen	4
2.1 Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg – LEP 2002	4
2.1 Regionalplan Bodensee-Oberschwaben	5
2.2 Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan	7
3 Grundzüge der Planung im Bereich des Bebauungsplanes „Solarpark Veringenstadt“	7
3.1 Geplante Nutzungen	7
3.2 Verkehrliche Erschließung	7
3.3 Ver- und Entsorgung	8
4 Flächennutzungsplan - Ausweisung und Darstellung	8
4.1 Flächenänderung	8
5 Umweltbericht	9

1 PLANUNGSANLASS UND -ABLAUF

1.1 Planungsanlass

Der Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal hat in seiner Sitzung am __. __. 2018 beschlossen, die 3. Fortschreibung (Gesamtfortschreibung) des Flächennutzungsplanes zu ändern. Anlass ist die Planung zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der Umgebung von Veringenstadt. Planungsträger ist die EnBW Solar GmbH. Zur planungsrechtlichen Sicherung wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne als verbindliche Bauleitpläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Die 1. Änderung der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbandes Laucherttal erfolgt gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Veringenstadt“.

1.2 Lage und Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs

Der Geltungsbereich der 1. Änderung der 3. Fortschreibung mit einer Gesamtgröße von ca. 11,6 ha befindet sich in der Gemarkung Veringenstadt nordwestlich der Stadt Veringenstadt, Landkreis Sigmaringen. Er liegt nördlich der Landstraße L 415 (ca. 230 m). Die Fläche wird im Osten und im Westen von Wirtschaftswegen abgegrenzt, wobei über beide Wirtschaftswege die Erschließung der Fläche erfolgen kann. Südlich befindet sich eine Waldfläche, nördlich grenzt ein Aussiedlerhof an.

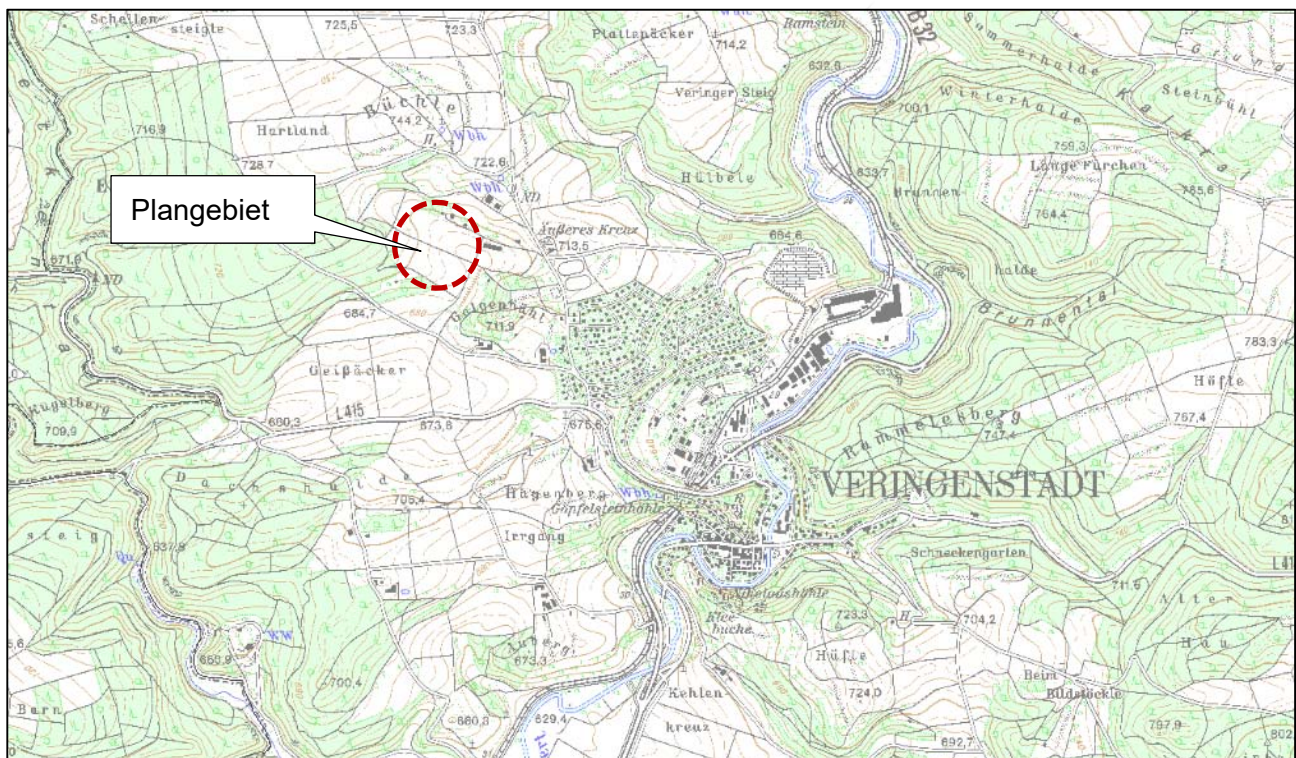


Abbildung 1: Lage Plangebiet (grob rot umrandet, © Daten: Bayerische Vermessungsverwaltung, EuroGeographics)

Der Geltungsbereich der 1. Änderung der 3. Fortschreibung ist mit dem Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Veringenstadt“ identisch und umfasst die Grundstücke mit den Flurstücksnummern 132 und 3816 sowie die Teilflächen der Parzellen mit den Flurstücksnummern 104, 109, 130, 136, 140, 3815 und 3827 der Gemarkung Veringenstadt.

1.3 Verfahrensablauf

Der Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal hat in seiner Sitzung am __.__.2018 auf der Grundlage des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen, den Flächennutzungsplan im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Veringenstadt“ im Rahmen einer 1. Änderung der 3. Fortschreibung zu ändern. Der Änderungsbeschluss wurde am __.__.2018 ortsüblich bekanntgemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf der 1. Änderung der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes wurde parallel mit der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom __.__.2018 bis einschließlich __.__.2018 durchgeführt. Die eingegangenen Stellungnahmen behandelte der Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal in seiner Sitzung am __.__.2018. Der Billigungs- und Auslegungsbeschluss wurde in der Sitzung am __.__.2018 gefasst.

Der Entwurf zur 1. Änderung der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes wurde gemeinsam mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom __.__.2018 bis einschließlich __.__.2018 öffentlich ausgelegt. Im gleichen Zeitraum fand gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange statt.

Nach Prüfung der eingegangenen Stellungnahmen wurde die 1. Änderung der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes in der Sitzung am __.__.2018 vom Gemeindeverwaltungsverband Laucherttal festgestellt.

Das Landratsamt Sigmaringen genehmigte mit Bescheid vom __.__.2018, Az:, gemäß § 6 BauGB die 1. Änderung der 3. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes.

Die Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung erfolgte ortsüblich gemäß § 6 Abs. 5 BauGB am __.__.2018.

2 ÜBERGEORDNETE PLANUNGEN UND FACHPLANUNGSRECHTLICHE BINDUNGEN

2.1 Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg - LEP 2002

Das Plangebiet liegt in der Raumkategorie „Ländlicher Raum im engeren Sinne“ (LEP 2002, Karte Raumkategorien). Für den Bereich „Ländlicher Raum im engeren Sinne“ werden Grundsätze und Ziele formuliert, welche vor allem die Sicherung des Freiraums, die Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes, den Schutz der ökologischen Ressourcen, die Fortentwicklung der Land- und Forstwirtschaft sowie die Grundversorgung und Infrastruktur betreffen (LEP 2002, Ziele und Grundsätze 2.4.3.1 - 2.4.3.9). Dies wird unter dem Grundsatz 243 wie folgt zusammengefasst:

„2.4.3 G Der Ländliche Raum im engeren Sinne ist so zu entwickeln, dass günstige Wohnstandortbedingungen Ressourcen schonend genutzt, ausreichende und attraktive Arbeitsplatz-, Bildungs- und Versorgungsangebote in angemessener Nähe zum Wohnort bereitgehalten, der agrar- und wirtschaftsstrukturelle Wandel sozial verträglich bewältigt und großflächige, funktionsfähige Freiräume gesichert werden.“

Im LEP 2002 wird auch die Energieversorgung und somit die Stromerzeugung thematisiert, wobei die Bedeutung von regenerativen Energien gestärkt wird:

„4.2.5 G Für die Stromerzeugung sollen verstärkt regenerierbare Energien wie Wasserkraft, Windkraft und Solarenergie, Biomasse, Biogas und Holz sowie die Erdwärme genutzt werden. Der Einsatz moderner, leistungsstarker Technologien zur Nutzung regenerierbarer Energien soll gefördert werden.“

Weitere Aussagen zum Plangebiet werden nicht getroffen.

2.1 Regionalplan Bodensee-Oberschwaben

Der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben 1996 wurde am 30.09.1994 durch die Verbandsversammlung als Satzung beschlossen und trat durch seine Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg in Kraft. Seitdem unterlief der Regionalplan vier Änderungen und wurde durch die Teilfortschreibungen „Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe 2003“ und „Teilregionalplan Windenergie 2006“ ergänzt.

Der Regionalplan Bodensee-Oberschwaben weist Veringenstadt als Kleinzentrum aus, das mit der Regionalen Entwicklungsachse - Sigmaringen - Veringenstadt - Gammertingen - Reutlingen - in das Netz der Entwicklungsachsen eingebunden ist. Die regionale Entwicklungsachse soll zur Entlastung des Bodenseeraumes durch verstärkte Siedlungsentwicklung sowie zur Stärkung des strukturschwachen Raumes beitragen (2.2.3 Z (3) - Begründung).

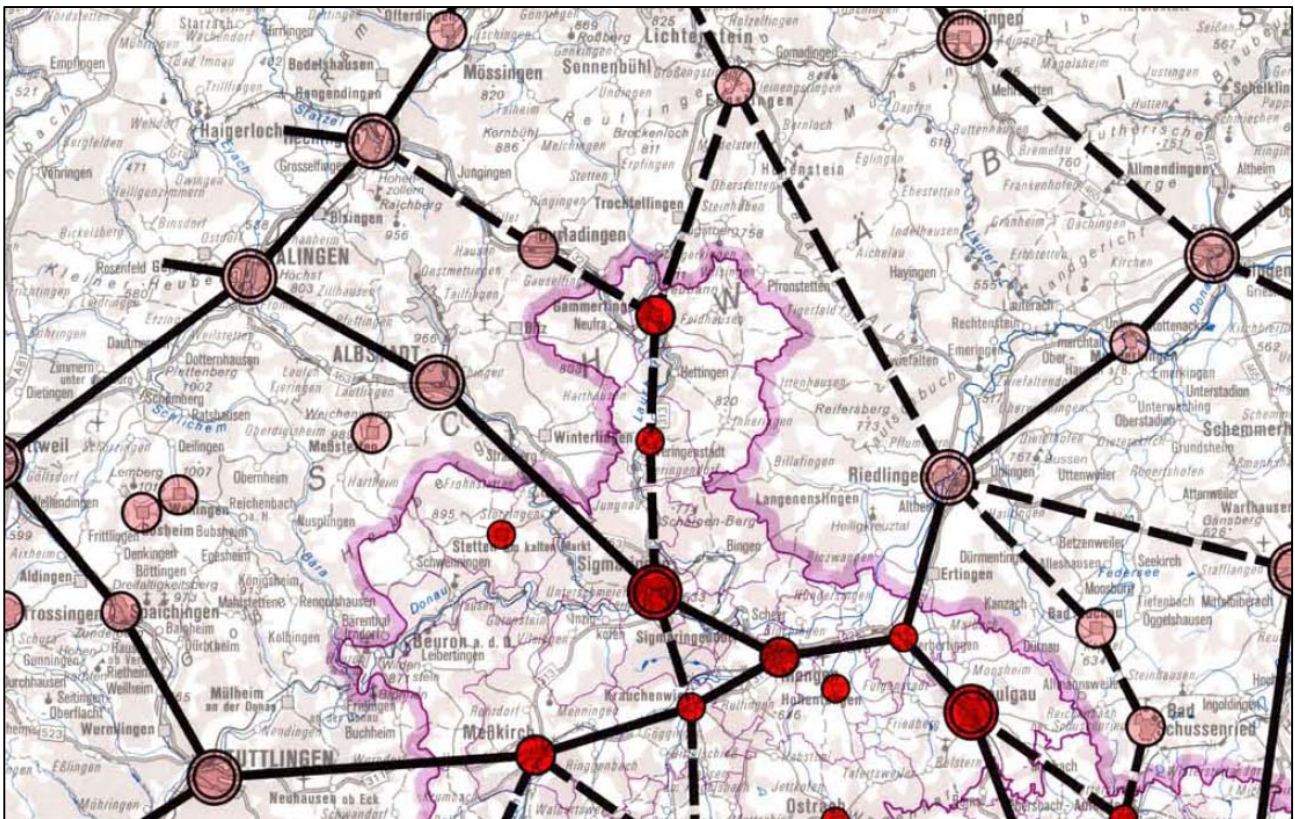


Abbildung 2: Auszug aus dem Regionalplan „Region Bodensee-Oberschwaben, Strukturkarte (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, 1996: ergänzt gutschker-dongus)

Des Weiteren liegt gemäß der nachfolgend dargestellten Raumnutzungskarte das Plangebiet inmitten eines schutzbedürftigen Bereiches für die Wasserwirtschaft. Danach sind alle Vorhaben unzulässig, die die Nutzung der Grundwasservorkommen nach Menge, Beschaffenheit und Verfügbarkeit einschränken oder gefährden. Das anfallende Niederschlagswasser wird breitflächig vor Ort versickert. Die genannten Anforderungen werden eingehalten, so dass keine Einschränkungen bzw. Gefährdungen zu erwarten sind.

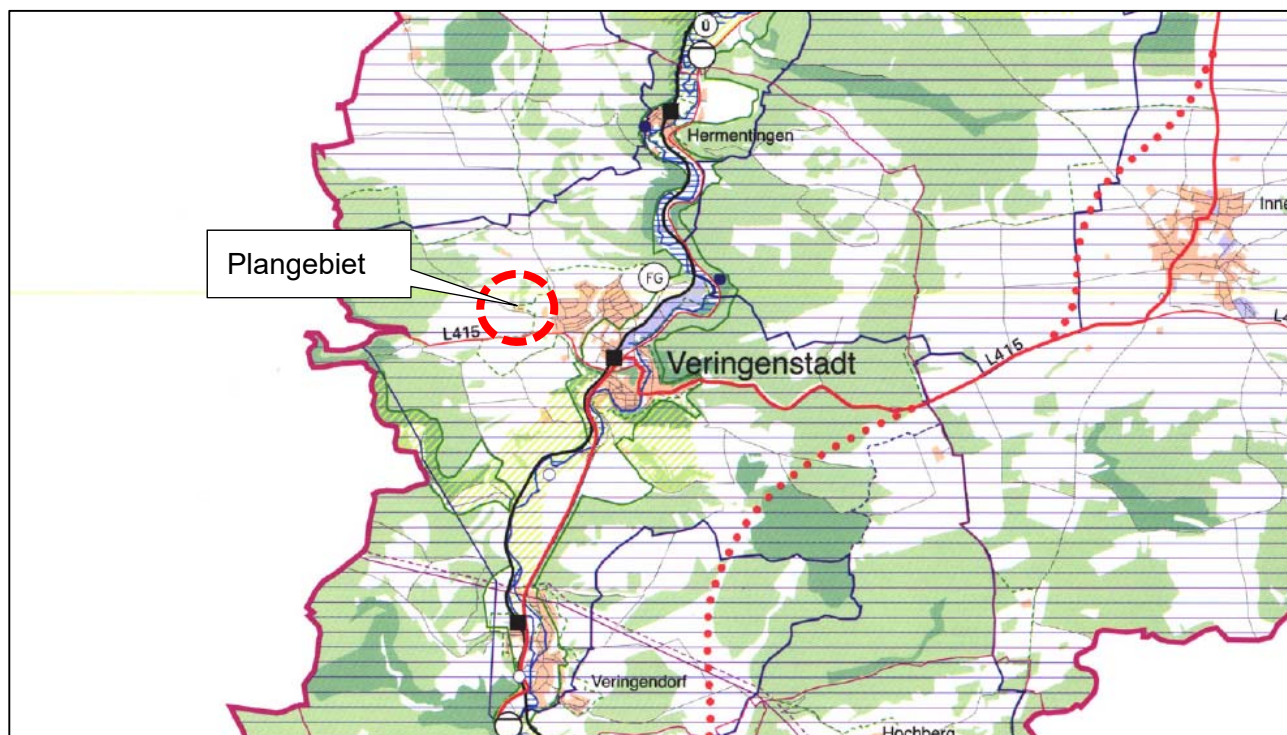


Abbildung 3: Auszug aus dem Regionalplan „Region Bodensee-Oberschwaben, Raumnutzungskarte - Blatt Nord (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, 1996: ergänzt gutschker-dongus)

2.2 Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan

Die 3. Fortschreibung (Gesamtfortschreibung) des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbandes Laucherttal, Stand Januar 2017, weist für das Plangebiet eine Fläche für die Landwirtschaft aus. Weitere zeichnerische Darstellungen sind nicht vorhanden.

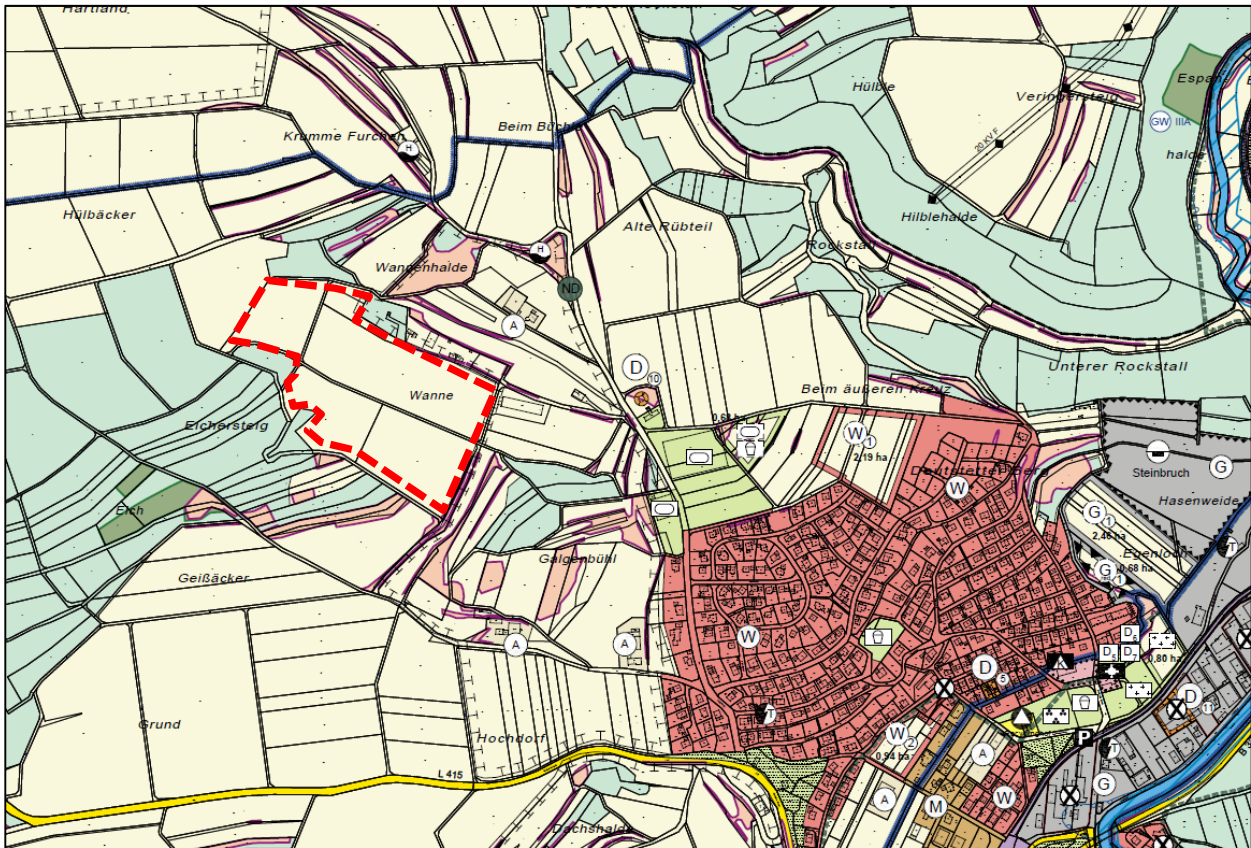


Abbildung 4: Ausschnitt aus der 3. Fortschreibung (Gesamtfortschreibung) des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbandes Laucherttal, Stand 2017

3 GRUNDZÜGE DER PLANUNG IM BEREICH DES BEBAUUNGSPLANES „SOLARPARK VERINGENSTADT“

3.1 Geplante Nutzungen

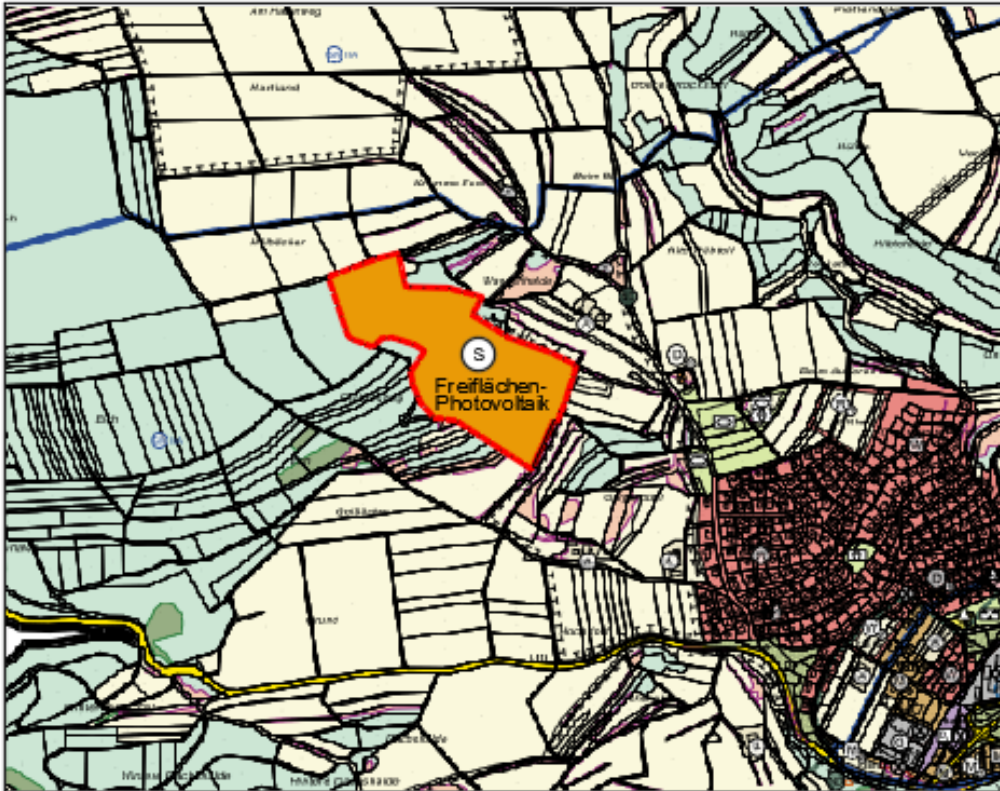
Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Veringenstadt“ liegt nordwestlich des Siedlungsbereiches von Veringenstadt im Außenbereich. Vorgesehen ist eine Ausweisung als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ i.S.d. § 11 Abs. 2 BauNVO. Die Größe des Geltungsbereiches umfasst insgesamt ca. 11,6 ha. Die Grundflächenzahl (GRZ) ist auf 0,6 beschränkt. Im Sondergebiet ist die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Strom aus Sonnenlicht mittels Photovoltaik einschließlich der zur Netzeinspeisung sowie zu Betrieb, Wartung, Pflege und Unterhaltung notwendigen baulichen Anlagen zugelassen.

3.2 Verkehrliche Erschließung

Das Plangebiet ist über befestigte Wirtschaftswege erreichbar, so dass die äußere Erschließung der Freiflächen-Photovoltaikanlage sichergestellt ist. Die erforderlichen Betriebswege innerhalb des Plangebietes orientieren sich generell an der Aufstellung der einzelnen Module. Um einen möglichst effektiven Trassenverlauf im Plangebiet zu gewährleisten, wurde diesbezüglich im vorhabenbezogenen Bebauungsplan keine Festsetzung getroffen.



Planung



5 UMWELTBERICHT

Gemäß § 2a BauGB hat die Gemeinde bei der Aufstellung eines Bauleitplanes diesem eine Begründung beizufügen, welche als gesonderten Teil einen Umweltbericht enthält. Im Umweltbericht sind die ermittelten und bewerteten Umweltbelange darzustellen.

Der Wortlaut der Regelung schreibt einen Umweltbericht und damit die ihm notwendigerweise vorausgehende Umweltprüfung für Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren gleichermaßen vor.

Die Durchführung der Prüfung erfolgt nach der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB. Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detailierungsgrades der Umweltprüfung werden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die zuständigen Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange aufgefordert, entsprechende Hinweise abzugeben. Diese werden im Rahmen der Umweltprüfung geprüft und abgearbeitet und im Umweltbericht entsprechend dargestellt.

E. Thielgen, M. Eng. Umweltmanagement & Stadtplanung

Odernheim, den 26.03.2018